

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.08	Arbeitsgericht Bremerhaven

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 30 T€ um 9 T€ auf 21 T€ und der Anschlag bei den Personalausgaben von 232 T€ um 3 T€ auf 229 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 116 T€ um 29 T€ auf 145 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0152	Arbeitsgericht Bremerhaven
Titel:	0152/112 02-5	Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 30.000 € um 9.380 € auf 20.620 € reduziert.

Titel:	0152/422 01-6	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 155.890 € um 2.860 € auf 153.030 € reduziert.

Titel:	0152/532 22-9	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 59.340 € um 29.270 € auf 88.610 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU